

Protokoll

Regionalgespräch mit der Region Oderland-Spree, 8. Dezember 2021, 14:00 bis 16:15 Uhr (ViKo)

<p>14:00 – 14:15 Uhr</p>	<p>Begrüßung und Einführung zur REGIONALE durch Frau Ministerin und Chefin der Staatskanzlei Kathrin Schneider</p> <p>Die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie unterstreicht den Erfolg des Wachstumskernprozesses in den vergangenen 15 Jahren. Bestehende Projekte und Projektideen zu kleineren Projekten liefen auch zukünftig im normalen Arbeitsprozess weiter, auf diesen könne aufgebaut werden. Es gebe aber auch die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der Regionalentwicklungspolitik. Das Motto der Regionalentwicklungspolitik „Stärken verbinden“ zeige, worum es zukünftig gehen solle – nämlich in überregional bedeutsamen Schlüsselvorhaben verschiedene Schlüsselakteure der Regionalentwicklung zusammen zu bringen. Diese Vorhaben sollten durch das Zusammenwirken von Region und Land besondere Wirkungskraft entfalten. Die Hauptstadtregion habe große Entwicklungschancen, deswegen werde die Regionalentwicklungsstrategie mit dem Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion verzahnt. Ein Beispiel für diese Verzahnung sei die Entwicklungsachse Ostbahn. Es gehe bei der Regionalentwicklungsstrategie aber auch um die Einbindung des ländlichen Raumes. Bezüglich des Vorgehens mache die Landesregierung ein Angebot. Es sei aber an den regionalen Akteuren zu entscheiden, in welchen Strukturen sie arbeiten wollten. Ziel sei, im Sommer 2022 Schlüsselvorhaben dem Kabinett zur Beschlussfassung vorzulegen. Zur Begleitung des Prozesses sind die Ressorts der Landesregierung zu den Regionalgesprächen eingeladen. Darüber hinaus werden die von den Regionen vorgeschlagenen Schlüsselvorhaben in Vorbereitung der Kabinetttbefassung in der Interministeriellen Arbeitsgruppe erörtert.</p> <p>Herr Brentrup (Staatskanzlei, Abteilungsleiter Planung) begrüßt als Moderator ebenfalls die Anwesenden. Er gibt einen Ausblick auf die Tagesordnung.</p>
<p>14:15 – 15:15 Uhr</p>	<p>Zunächst präsentierte Landrat Gernot Schmidt (Märkisch-Oderland) gemeinsam mit Herrn Frank Schütz zentrale Ansätze für mögliche Schlüsselvorhaben zum Thema „Entwicklungspotenziale entlang der Ostbahn“. Der derzeitige Planungsstand sowie die verschiedenen Kooperationen und Netzwerke zum Thema wurden erläutert. Herr Landrat unterstreicht die Wichtigkeit des zweigleisigen Ausbaus sowie der Elektrifizierung der Ostbahn. Neben ihrer bereits bestehenden verkehrlichen Funktion werde die Ostbahn weiter an Bedeutung gewinnen, wenn die Frankfurter Bahn (RE1) aufgrund der Eröffnung des Tesla-Werkes an den Rand ihrer Kapazitäten komme.</p> <p>In der Aussprache unterstreicht die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei, dass die Länder Brandenburg und Berlin hinter dem Ausbau der Ostbahn stünden. Gleiches gelte für die EU-Kommission und die polnische Seite. Wesentlich sei, die neue Bundesregierung von der Bedeutung des Ausbaus der Ostbahn zu überzeugen. Daneben komme es auch darauf an, die bestehende Strecke für Regionalentwicklungsprozesse zu nutzen (z.B. Verzahnung mit Gewerbegebietsausweisungen, Wohnstandorten, Wissenschaftsentwicklung)</p>

	<p>Herr Claus Junghanns, Bürgermeister und 1. Beigeordneter der Stadt Frankfurt/Oder, erläuterte anschließend zum Thema „Chancen durch regionale und grenzübergreifende Kooperation“ verschiedene Teilprojekte, welche derzeit bereits in Zusammenarbeit mit Polen durchgeführt werden. Das dritte der vorgestellten Teilprojekte, ein Modellvorhaben der Raumordnung, weise Schnittstellen zur Regionalentwicklung auf. Die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei betonte in der Aussprache, dass es wichtig sei, bei der Regionalentwicklungsstrategie die Verbindungen nach Polen mit zu berücksichtigen.</p> <p>Abschließend präsentierten Frau Grit Körmer (LAG Märkische Seen e.V.) und Frau Jeanette Gruner (LAG Oderland) die Arbeitsweise der LAG und die damit verbundenen Auswahlprozesse und Kriterien um Projekte für den ländlichen Raum umsetzen zu können. Die konkreten Projekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten wurden zudem genauer vorgestellt (siehe Präsentation, Anlage 4). Dargestellt wurde u.a. ein Vorhaben, das in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband Seenland Oder-Spree durchgeführt werde und sich der Digitalisierung widme. Dieses Vorhaben betreue Neuland und könne beispielhaft wirken.</p>
<p>15:15 – 16:15 Uhr</p>	<p>Diskussion konzeptioneller Fragen und Ausblick</p> <p>In einer anschließenden Diskussion wurden zunächst offene Fragen zum Prozess erörtert und die Zeitschiene der RES dargelegt. Herr Rump erläuterte anschließend, dass es auf Einladung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Oderland-Spree unter Beteiligung von Fürstenwalde, Eisenhüttenstadt und beider LAGen bereits Abstimmungen in der Region zu Kernthemen und möglichen Schlüsselvorhaben gegeben habe. Man habe sich auf folgende vier Kernthemen verständigt: 1. Gesundheitswirtschaft, Gesundheitsvorsorge, 2. Wirtschaftliche Entwicklung, 3. Mobilität und Logistik (Ostbahn, Frankfurter Entwicklungsachse) sowie 4. Naturerlebnis, Räume und touristische Infrastruktur. Herr Rump bietet an, die Kommunikation und Koordination für die Region (weiterhin) zu übernehmen; dieses Angebot wird bestätigt. Das von der Staatskanzlei beauftragte Prozessmanagement wird ihn im Januar 2022 kontaktieren.</p> <p>In ihrem Schlusswort betonte die Ministerin und Chefin der Staatskanzlei, dass die Regionalentwicklungsstrategie bewusst als Prozess zwischen Land und regionalen Akteuren angelegt sei, um die Region gemeinsam mit Schlüsselvorhaben zu entwickeln. Einige regionale Schlüsselakteure seien bereits in Austausch miteinander über mögliche gemeinsame Ansätze für regionale Schlüsselvorhaben und wollen diesen fortführen. Andere würden hinzukommen oder sich zu weiteren Themen zusammenfinden. Die Strategischen Leitplanken könnten Orientierung für die Vorauswahl von räumlich angelegten, ressortübergreifenden Vorhaben geben. Das Prozessmanagement Regionalentwicklung solle organisatorisch bei Schlüsselvorhaben und Arbeitsstrukturen unterstützen; es werde sich danach zeitnah den Regionen vorstellen. Nach der Abstimmung zwischen Regionen und Land zu möglichen Schlüsselvorhaben sei eine Bestätigung durch das Kabinett im Sommer 2022 angestrebt.</p> <p>Herr Brentrup informiert, dass die Staatskanzlei eine Zusammenfassung des Regionalgesprächs erstellen und diese zusammen mit vertiefenden Informationen zur Regionalentwicklungsstrategie (Handout) übersenden werde.</p>